



## Rechtliche Unternehmensverantwortung – Vierteljährliches Bulletin

Ausgabe 31, Juni 2019

*Willkommen zu unserem vierteljährlichen Bulletin "Rechtliche Unternehmensverantwortung". Jedes Quartal beleuchtet dieses Bulletin ein Schwerpunktthema sowie neue Entwicklungen bei der rechtlichen Durchsetzung von Unternehmenshaftung für Menschenrechtsverletzungen. Auf unserer englischen Webseite informieren wir im Abschnitt "[Corporate Legal Accountability](#)" objektiv und prägnant über Gerichtsverfahren gegen Unternehmen wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die Menschenrechte.*

*Dieses Bulletin und vorherige Ausgaben finden Sie auf [Englisch](#), [Chinesisch](#), [Französisch](#), [Deutsch](#), [Russisch](#) und [Spanisch](#) auf unserer Webseite.*

### **Vierteljährliches Schwerpunktthema: Sind Aktionäre die neuen Verfechter von Klimagerechtigkeit?**

Seit mehreren Jahrzehnten nutzen Einzelpersonen und Gemeinschaften, die vom Klimawandel betroffen sind – wie auch die sie vertretenden Rechtsanwälte, Fürsprecher und zivilgesellschaftlichen Organisationen – Gerichtsverfahren als strategisches Werkzeug, um Unternehmen, die für Verletzungen der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel verantwortlich sind, zur Verantwortung zu ziehen. Traditionell wurden diese Gerichtsverfahren gegen Regierungen geführt. Wie wir in unserem Jährlichen Briefing 2018, [Turning up the heat: Rechtliche Unternehmensverantwortung und der Klimawandel](#), gezeigt haben, werden Unternehmen jedoch immer mehr zu direkten Zielen von Gerichtsverfahren.

Darüber hinaus sind die „üblichen Verdächtigen“ nicht mehr die einzigen Triebfedern hinter dieser Entwicklung. Institutionelle und private Anleger machen immer häufiger rechtliche Ansprüche gegen die Unternehmen oder privaten Institutionen geltend, von denen sie Aktien halten (der sog. Aktionärsrechtsstreit bzw. die sog. Aktionärsklage). Aktionäre werden deshalb zu immer wichtigeren Verfechtern im Kampf gegen die Straflosigkeit von Unternehmen bei Klimaschäden (für Einzelheiten siehe unser neustes [Rechtliches Briefing zu Klimagerichtsverfahren](#)).

Der erste Aktionärsprozess der Welt wegen mutmaßlich mangelhafter Offenlegung von Klimarisiken wurde [gegen Exxon Mobil Corporation](#) (Exxon) im Jahr 2016 geführt. Die Sammelklage wurde von einer Gruppe von US-Investoren eingereicht, die Schadensersatz von Exxon forderten, [nachdem der Kurs seiner Aktien](#) in dem Jahr um 13% gefallen war. Die Kläger argumentierten, dass das Unternehmen falsche und irreführende Aussagen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf seine Geschäftsaktivitäten gemacht und damit den Wert seiner Ölreserven deutlich übertrieben und den Wert des Unternehmens künstlich aufgeblasen habe. Wenn die Klage auch später abgewiesen wurde, so ebnete sie doch den Weg für den sehr deutlichen Trend hin zu Sammelklagen vor US-Bundesgerichten.

Mindestens zwei neue Fälle wurden vor Kalifornischen Bundesgerichten seit 2018 eingeleitet, in denen Aktionäre Entschädigungszahlungen für mutmaßliche Schäden verlangen, die sie aufgrund von falschen und irreführenden Aussagen im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels erlitten hätten. [Barnes gegen Edison International](#) zum Beispiel ist ein



Betrugsprozess, in dem es um mutmaßlich irreführende Informationen des Unternehmens über seine Schutzmaßnahmen gegen Auswirkungen des Klimawandels und das erhöhte Waldbrandrisiko in Kalifornien geht. Im Verfahren [York County gegen Rambo](#) verklagt eine Koalition von Pensionsfonds und Investoren die Pacific Gas and Electric Company und ihre Muttergesellschaft (PG&E). In dem Prozess wird der Vorwurf erhoben, dass der Wert der Bonds (*festverzinsliche Wertpapiere*) abgenommen habe, weil die Beklagte nicht den wahren Zustand ihres Unternehmens und ihrer Tätigkeiten sowie die Risiken aufgrund eines nachlässigen Umgangs mit Waldbrand-Sicherheitsmaßnahmen offengelegt habe.

Gerichtsverfahren werden auch genutzt, um andere treuhänderische Pflichten und Verfahrensrechte durchzusetzen. Im Juli 2018 reichte Mark McVeigh den weltweit ersten [Prozess gegen den Treuhänder eines Pensionsfonds ein](#), den Retail Employees Superannuation Trust (REST). Der Kläger behauptet, dass REST seine Treuhänderverpflichtungen ihm gegenüber verletzt habe, weil die Risiken des Klimawandels nicht in angemessener Weise berücksichtigt worden seien. Infolgedessen fordert er, dass REST ihm die erforderlichen Informationen liefern und das Gericht Vorkehrungen treffen solle, um solches Fehlverhalten des Beklagten in Zukunft zu verhindern.

Ähnlich gelagert ist der Prozess, den ClientEarth, eine gemeinnützige Umweltorganisation und Aktionärin der polnischen Elektrizitätsgesellschaft Enea SA, im Oktober 2018 [gegen das Unternehmen](#) vor dem Landgericht in Posen, Polen angestrengt hat. In dem Prozess wird der Vorwurf erhoben, dass Eneas Genehmigung eines Kohlekraftwerks aufgrund der klimabedingten finanziellen Risiken die wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens und seiner Aktionäre gefährde und der Bau deshalb unterbunden werden müsse. Mit dieser Art von Prozess bemüht man sich, die Strategien von Kohlekraft- und ähnlichen Unternehmen bezüglich des Klimawandels an und für sich zu ändern, indem man sie drängt, umstrittene Investitionen aufzugeben.

Eine andere interessante Aktionärsklage ist [Fentress gegen Exxon Mobil Corp.](#) Diese vor Kurzem abgewiesene Sammelklage wurde von Beschäftigten, die an einem Exxon Mobil-Sparplan teilgenommen und in Exxon-Aktien investiert hatten, gegen das Unternehmen eingereicht. In dem Prozess wurde vorgebracht, dass das Unternehmen durch das Versäumnis, Klimawandel-bezogene Informationen offenzulegen, seine treuhänderischen Pflichten unter dem Employee Retirement Income Security Act – *Rentensicherungsgesetz für Beschäftigte* (ERISA) – vernachlässigt habe. Die Kläger argumentierten, dass der Wert des Aktienbestandes von Exxon durch Betrug und Falschdarstellung künstlich aufgeblasen worden sei, sodass Exxon-Aktien unter ERISA zu einem unratsamen Investment geworden und der Plan sowie die Teilnehmer an dem Plan, die Exxon-Aktien gekauft oder gehalten hatten, geschädigt worden seien.

Wie diese Gerichtsverfahren zeigen, treten Aktionäre als immer wichtigere Akteure bei den globalen Bemühungen auf, Unternehmen zu verantwortlichen Klimarichtlinien und -praktiken zu bewegen. Anders als strategische Gerichtsprozesse, in denen versucht wird, die Auswirkungen des Klimawandels bestimmten Unternehmen zuzuweisen, geht es bei Rechtsstreitigkeiten von Aktionären im Wesentlichen um die Einschätzung des mit dem Klimawandel verbundenen finanziellen Risikos. Als Kläger berufen sich Aktionäre im Allgemeinen auf zwei Argumente: dass ihr fehlendes Wissen über die Klimarisiken ihre Möglichkeiten eingeschränkt hat, ihre Rechte als Aktionäre auszuüben, und/oder dass die irreführende Verwendung von Wissen durch das Unternehmen ihre Interessen als Aktionäre geschädigt hat. Die Skala der geforderten



Entschädigungen ist groß, sie reicht von Entschädigungszahlungen und Rückzahlungen über die Durchsetzung von Klima-bezogenen Offenlegungsverpflichtungen und Feststellungsklagen wegen Verstößen gegen das Recht auf Information bis hin zu ehrgeizigeren Versuchen, die Geschäftsstrategie von Kohlekraft- und ähnlichen Unternehmen zu ändern.

Während viele der Gerichtsprozesse noch laufen, müssen sich die innovativen rechtlichen Strategien, auf denen sie beruhen, noch auf lange Sicht bestätigen. Ihre Erfolgchancen beruhen auf vielen Faktoren, u.a. wie die Gerichte die Verbindung zwischen bestimmten Handlungen der Vorstände – z.B. die Wahl von Investitionen – und dem Klimawandel sowie andererseits die Verbindung zwischen diesen Handlungen und den finanziellen Interessen der Aktionäre beurteilen.

Diese zentrale Bedeutung von finanziellem Risiko und finanziellem Schaden bedeutet, dass sich Aktionärsklagen nur marginal dazu eignen zu beweisen, dass ein bestimmtes Kohlekraftunternehmen aufgrund bestimmter Emissionen zum Klimawandel beigetragen hat, oder dazu, die Allgemeinheit und nicht nur die Aktionäre für Schäden im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu entschädigen. Nichtsdestotrotz haben Aktionäre Gerichtsverfahren genutzt und können sie nutzen, um Unternehmen zu zwingen, umweltfreundlichere Strategien zu verfolgen oder zumindest offenzulegen, wie klimabedingte Risiken den Gewinn des Unternehmens beeinflussen können. Demnach sind Aktionärsklagen eine überzeugende Strategie für Klimaverantwortlichkeit – eine Strategie, die Druck auf Unternehmen ausübt, auf die allgegenwärtige, auch von ihren eigenen Aktionären vorgebrachte Forderung zu reagieren, ihre Klimaauswirkungen entsprechend anzugehen.

### **Gast-Blogbeiträge zu Aktionärsengagement im Klimawandelkontext**

- [\*Shareholder litigation as the next frontier in shareholder climate action\*](#), Peter Barnett, ClientEarth
- [\*Reality bites: Fossil fuel companies face climate liability claims after decades of denial\*](#), Kathy Mulvey, Union of Concerned Scientists & Kristin Casper, Greenpeace International
- [\*Investors need to hold all sectors to account on climate change – not just the fossil fuel industry\*](#), Sonia Hierzig, ShareAction
- [\*Critical shareholding as a tool to hold Italian corporations accountable\*](#), Alessandro Runci, Re:Common

## **Rechtliche Entwicklungen**

### **Neue Gerichtsverfahren**

[Gloucester Resources-Verfahren \(wegen Auswirkung eines Bergwerks auf den Klimawandel, Australien\)](#): Am 18. Dezember 2012 stellte die australische Bergwerksgesellschaft Gloucester Resources (GRL) einen Antrag auf Genehmigung eines Kohlebergwerks in der Nähe von Gloucester, Australien. 2017 wies die New South Wales Planning Assessment Commission (*Kommission zur Planungsbewertung*) diesen Vorschlag aus dem Grund zurück, dass diese im Tagebau betriebene Mine die Lebensqualität der Anwohner schädigen würde. GRL legte Berufung ein, und am 8. Februar 2019 bestätigte der New South Wales Land and Environment



Court (*Land- und Umweltgericht von New South Wales*) die Ablehnung des Antrags durch die Regierung. In seinem Urteil stellte Richter Preston fest, dass der Bau und Betrieb des Bergwerks und der Transport und die Verbrennung der Kohle Treibhausgase freigegeben würden, die zum Klimawandel beitragen würden".

[PTTEP Australasia-Verfahren \(wegen Montara-Ölaustritt in Indonesien\)](#): Am 3. August 2016 reichte ein indonesischer Algenfarmer eine Sammelklage für ungefähr 15.000 Farmer beim australischen Bundesgericht gegen PTTEP Australasia (PTTEPAA) ein. Die Klage bezieht sich auf ein Leck an einer Ölbohrung auf der Montara Wellhead Platform in Australien, die von PTTEPAA betrieben wird, im Jahr 2009, durch das über 70 Tage lang Tausende Liter Öl und Gas in die See von Timor gelangten. Die Kläger fordern Schadensersatz für die plötzliche Zerstörung von Algen durch das Ausfließen und für den darauffolgenden Produktionsrückgang durch die Ölpest, die ihre Lebensgrundlage zerstört habe. Der Fall läuft noch.

[Prozess um die australische Goldmine Raub \(wegen Diffamierung durch Dorfbewohner, Malaysia\)](#): Im September 2013 reichte Raub Australian Gold Mining (RAGM) in Malaysia eine Diffamierungsklage gegen Hue Shieh Lee ein, Bewohner von Bukit Koman und Vizepräsident einer lokalen Aktivistengruppe. Das Unternehmen behauptet, dass einige von Hue Shieh Lees Aussagen diffamierend gewesen seien, weil sie andeuteten, dass das Unternehmen das Austreten von Zyanid aus der Anlage zugelassen habe und deshalb direkt verantwortlich für Gesundheitsprobleme in der Gemeinschaft sei. Im Februar 2019 wies das Bundesberufungsgericht die Berufung von RAGM einstimmig ab und verurteilte das Unternehmen zur Zahlung von RM 60.000 (USD 14.365) Gerichtskosten.

### **Neue Entwicklungen zu laufenden Gerichtsverfahren**

[Prozess gegen Eternit \(wegen Asbestbelastung in Italien\)](#): Am 23. Mai 2019 verurteilte ein Gericht in Turin den früheren Geschäftsführer von Eternit, Stephan Schmidheiny, zu vier Jahren Gefängnis für Mord aufgrund des Todes von zwei Beschäftigten der Fabrik in Cavagnolo, Italien.

[Handfeuerwaffenindustrie-Prozess \(wegen Sandy Hook-Schießerei in den USA\)](#): Im März 2019 nahm der Oberste Gerichtshof von Connecticut den Prozess wieder auf, mit der Begründung, dass die Familien der Opfer der Schießerei auf der Grundlage unrechtmäßigen Marketings gemäß dem Connecticut Unfair Trade Practices Act (*Gesetz über unfaire Handelspraktiken*) klagen könnten. Im April 2019 brachte der Waffenhersteller Remington den Fall vor den Obersten Gerichtshof der USA.

[Gerichtsprozesse der Natural Fruit Company \(wegen Diffamierungsklagen gegen Andy Hall, Thailand\)](#): Am 22. Mai 2019 wies das Prakanong-Gericht in Bangkok die Berufung von Andy Hall ab und bestätigte das Urteil des untergeordneten Gerichts, das ihn auf Zahlung von 10 Millionen Baht (USD 313.000) Schadensersatz an Natural Fruit verklagt hatte.

[Prozesse gegen Shell \(wegen Mittäterschaft bei Tötungen in Nigeria\)](#): Am 1. Mai 2019 entschied ein holländisches Gericht, dass es für den Fall zuständig ist und ordnete an, dass Shell den Klägern vertrauliche interne Dokumente aushändigen soll.

[Texaco/Chevron Prozesse \(wegen Ölpest in Ecuador\)](#): Am 4. April 2019 wies der Oberste Gerichtshof von Kanada den Antrag auf Überprüfung der Entscheidung des Berufungsgerichts von Ontario ab. Das untergeordnete Gericht hatte geurteilt, dass Chevron Canada nicht an Stelle



seiner Muttergesellschaft haftbar gemacht und sein Vermögen nicht beschlagnahmt werden kann, um die in Ecuador verhängte Strafe von 9,5 Milliarden USD durchzusetzen.

[Thammakaset-Prozess \(wegen strafrechtlicher Diffamierungsverfahren im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Arbeitskräften in Thailand\)](#): Am 12. März 2019, nach einer Berufung von Thammakaset, hat das Zentrale Arbeitsgericht (auch bekannt als das Oberste Arbeitsgericht) die Zahlung von 1,7 Millionen Thai Baht an die 14 Gastarbeiter bestätigt. Bisher hat Thammakaset insgesamt 17 Straf- und Zivilklagen gegen 23 Menschenrechtsaktivisten, darunter 14 ehemalige Arbeiter, Journalisten, Universitätsdozenten und Aktivisten eingereicht. Die Verhandlungen über die strafrechtlichen Diffamierungsfälle gegen frühere Beschäftigte und Journalisten sind für Ende Mai und Juni 2019 angesetzt.

[Vedanta Resources-Gerichtsverfahren \(wegen Wasserverschmutzung, Sambia\)](#): Am 10. April 2019 entschied das Oberste Gericht des Vereinigten Königreichs, dass das von fast 2.000 sambischen Dorfbewohnern gegen Vedanta Resources eingereichte Verfahren vor englischen Gerichten verhandelt werden kann.

## Neue Übersetzungen

### *Auf Französisch*

[Procès intenté par Raub Australian Gold \(diffamation contre Hue Shieh Lee \(en Malaisie\)\)](#)

[\[Prozess um die australische Goldmine Raub \(wegen Diffamierung durch Dorfbewohner, Malaysia\)\]](#)

## Neue Blog-Beiträge

[Business, Human Rights & the Limits of Law](#), Yousuf Aftab, Enodo Rights, 20. Juni 2019

[What are the legal tools for holding corporations to account globally?](#), Maria Khan, Raja Mohammad Akram & Co, 27. Mai 2019

[Supreme Court decision on Vedanta vs Zambian farmers will help those seeking justice against corporate abuse, say lawyers](#), Oliver Holland, Leigh Day, 30. April 2019

[Zambian farmers can take Vedanta to court over water pollution. What are the legal implications?](#), Gabrielle Holly, Omnia Strategy LLP, 10. April 2019

## Weitere Neuigkeiten

### Aus dem Business & Human Rights Resource Centre

[Neues Portal und neue Blog-Serie zu verbindlicher menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht](#): Auf dem Portal finden sich Orientierungshilfen und Umsetzungsbeispiele zu menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht sowie Neuigkeiten und Übersichten zu ihrer verbindliche Regulierung und entsprechenden Initiativen in verschiedenen Ländern. Portal und Blogserie greifen das



wachsende Momentum für verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht auf und sollen als Wissens-Hub und Raum für Debatten dienen.

Neue Interviews mit Rechtsanwälten, die für die Rechenschaftspflicht von Unternehmen kämpfen:

- [Sophorn Sek](#), Rights & Business Law Office, Phnom Penh, Kambodscha
- [Ben Hoffman](#), ehemals Amazon-Anwalt bei EarthRights International und jetzt geschäftsführender Direktor der Human Rights Clinic an der Columbia Law School
- Frühere Interviews sind [hier](#) verfügbar

[Sonderschwerpunkt strafrechtliche Haftung](#): Aktualisierte Seite mit neuen Fällen

Rechtliche Unternehmensverantwortung – Jährliches Briefing 2019: [The Future of Work: Litigating Labour Relationships in the Gig Economy](#), März 2019

[Who is an “employee” in the gig economy - and can the courts help protect labour rights?](#)  
Maysa Zorob, Managerin des Corporate Legal Accountability-Programms, 5. März 2019

## **Berichte, Artikel & Orientierungshilfen von führenden Expert/innen & Organisationen**

[Launch of the Legal Cultures of the Subsoil Database](#), Institute of Latin American Studies, University of London, 11. Juni 2019

[49 global CSOs call for justice for Nigerian villages devastated by Shell oil spill](#), 29 May 2019

[Cameroon: NGOs filed a lawsuit against Bolloré to force company to comply with its social commitments](#), Reuters & Sherpa, 27. Mai 2019

[Latin America: Report details impacts of international arbitrations filed by mining companies](#), Mining Watch, Institute for Policy Studies y CIEL, 7. April 2019

[New report with key elements for companies to navigate changing business & human rights legal landscape](#), Global Business Initiative & Clifford Chance, 22. März 2019

[Report on challenges & opportunities for law firms implementing the UN Guiding Principles](#), Catie Shavin, freie Beraterin & Anna Triponel, Triponel Consulting, 20. März 2019

[New Book: "Business and Human Rights as Law: Towards Justiciability of Rights, Involvement, and Remedy"](#), Yousuf Aftab & Audrey Mocle, Enodo Rights, 18. März 2019

[New book: "The Role of the Lawyer in Implementing the Ruggie Principles: 8 Good Practices For Corporate Lawyers"](#), Ana Maria Ovejero & Fundación Fernando Pombo, März 2019

[Access to legal remedies for victims of corporate human rights abuses in third countries](#), European Parliament, Februar 2019



## Veranstaltungen

[The AIDP XX International Congress of Penal Law “Criminal Justice and Corporate Business”](#), International Association of Penal Law, (13.-16. November 2019, Rom. Bewerbungsfrist: 30. Juni 2019)

[Multinational accountability following Lungowe v Vedanta: perspectives from the front line](#), Leigh Day (18. Juni 2019, London)

[Towards Criminal Liability of Corporations for Human Rights Violations: The Lundin Case in Sweden](#), Asser Institute (23. Mai 2019, Den Haag)

[Event on Vedanta v Lungowe, Business and Human Rights Practitioners’ Network](#) (21. Mai 2019, London)

[Championing Accountability: Human Rights in the Era of Big Business](#), Fabian International Policy Group (14. Mai 2019, London)